

PRESSEMITTEILUNG

18.06.2026

FundiWatch fordert Aussetzung der Anerkennung des ICF Karlsruhe als Träger der freien Jugendhilfe

Offener Brief an Stadt Karlsruhe verweist auf ungeklärte Fragen zu Jugendhilfe, Grundgesetz und Kinder- und Jugendrechten

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Karlsruhe soll bereits am Freitag (19.06.2026) über die Anerkennung des International Christian Fellowship Karlsruhe e.V. (ICF Karlsruhe) als Träger der freien Jugendhilfe entscheiden. Die Stadtverwaltung empfiehlt eine Anerkennung des Vereins. In einem heute [veröffentlichten Offenen Brief](#) fordert das Recherchekollektiv FundiWatch, die Entscheidung zunächst zurückzustellen. Nach Auffassung von FundiWatch bleiben wesentliche Fragen zu den gesetzlichen Anerkennungs Voraussetzungen, zur weltanschaulichen Ausrichtung des Vereins sowie zum Schutz der Rechte junger Menschen bislang ungeklärt.

Beschluss über Anerkennung steht bevor

Das unabhängige Recherchekollektiv FundiWatch hat sich mit einem offenen Brief an die Stadtverwaltung Karlsruhe und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gewandt. Anlass ist die für den [19. Juni vorgesehene Entscheidung](#) über die Anerkennung des International Christian Fellowship Karlsruhe e.V. (ICF Karlsruhe) als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII.

FundiWatch fordert vertiefte Prüfung

FundiWatch fordert, die Beschlussfassung zunächst auszusetzen und die gesetzlichen Anerkennungs Voraussetzungen umfassend und transparent zu prüfen.

„Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe ist keine bloße Formalie. Sie ist ein besonderer Vertrauensbeweis des Staates. Deshalb müssen alle gesetzlichen Voraussetzungen sorgfältig geprüft und nachvollziehbar dokumentiert werden“, erklärt FundiWatch.

Verwaltungsvorlage lässt aus Sicht von FundiWatch Fragen offen

Nach Auffassung des Recherchekollektivs lässt die Verwaltungsvorlage wesentliche Fragen offen. So sei nicht erkennbar, ob die in den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB) sowie durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz formulierten Anforderungen umfassend geprüft wurden.

In seinem Offenen Brief verweist FundiWatch unter anderem auf die Einbindung des ICF Karlsruhe in die internationale evangelikal-charismatische ICF-Bewegung, deren religiöse Ausrichtung sowie seit Jahren dokumentierte [Kritik von Fach- und Beratungsstellen](#). Thematisiert werden außerdem konservative Positionen zu Geschlechterrollen und sexueller Vielfalt, missionarische Zielsetzungen in der Kinder- und Jugendarbeit, umstrittene Seelsorge- und „Befreiungs“-Angebote sowie ideologische Konzepte innerhalb des ICF-Movements, die nach Auffassung von FundiWatch im Rahmen der Anerkennungsentscheidung berücksichtigt werden sollten.

PRESSEMITTEILUNG

Religionsfreiheit ist nicht Gegenstand der Kritik

Dabei betont FundiWatch ausdrücklich, dass sich die Kritik nicht gegen religiöse Träger der Jugendhilfe als solche richtet.

„Religiöse Organisationen können selbstverständlich Träger der freien Jugendhilfe sein. Entscheidend ist jedoch, ob im konkreten Einzelfall sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind und die Kinder- und Jugendarbeit den Anforderungen des Kinder- und Jugendhilferechts entspricht.“

Zehn Fragen an die Stadt Karlsruhe

Der Offene Brief formuliert zehn konkrete Fragen an die Stadt Karlsruhe. Diese betreffen unter anderem die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, den Stellenwert missionarischer Aktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit, Schutzkonzepte und Beschwerdewege, den Umgang mit queeren Jugendlichen sowie die Frage, ob unabhängige Fachstellen oder Weltanschauungsbeauftragte in das Verfahren einbezogen wurden.

FundiWatch fordert die Stadt Karlsruhe auf, vor einer Entscheidung eine vertiefte Prüfung unter Einbeziehung fachlicher Expertise vorzunehmen und die Ergebnisse öffentlich nachvollziehbar darzustellen.

Der vollständige Offene Brief wurde heute an die Stadtverwaltung Karlsruhe sowie die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses übermittelt und ist ab sofort auch auf der Webseite von FundiWatch [abrufbar](#).

Zu FundiWatch:

Das Ende 2024 gestartete Recherche- und Aufklärungsprojekt FundiWatch besteht aktuell aus drei Personen, die sich ehrenamtlich bei FundiWatch engagieren und mit zahlreichen weiteren Projekten und Engagierten in regelmäßigem Austausch stehen.

Wir kommen aus unterschiedlichen Hintergründen mit Expertise zu Religionsphilosophie, Rechtswissenschaft, Rechtsextremismus, Antifeminismus, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Weitere Informationen zu FundiWatch [hier](#).

Pressekontakt:

FundiWatch

Matthias Pöhl

Telefon: +49 (0)151 - 675 11 353

E-Mail: mp_fundiwatch@posteo.de